

## Mittelstand wird zur Kasse gebeten

Mit der Begrenzung des Pendlerabzugs wird im Thurgau einmal mehr versucht, den Mittelstand zur Kasse zu bitten. Besonders betrifft das diejenigen, welche nachts arbeiten und kaum Möglichkeiten haben, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen – oder kann mir einer der schlaun Regierun- und Kantonsräte sagen, wie ich nachts um 2 Uhr nach Gossau SG oder zurück in den Oberthurgau komme? Dass die linken und grünen EU-Anhänger lieber EU-Pendler unterstützen, welche, auch mit dem Flugzeug, Tausende von Kilometer pendeln und nicht mehr Steuern bezahlen müssen, ist doch klar. Arbeiterfreundlich sind diese Parteien schon lange nicht mehr. Von den anderen Parteien habe ich nichts anderes erwartet, schliesslich sind dort mehrheitlich Unternehmer, und die können weiterhin alle Ausgaben zur Berufsausübung von den Steuern abziehen, inklusive die Bauern, die ohnehin von Subventionen profitieren. Fazit: Es ist bald ertragreicher, Sozialhilfe zu beziehen, als zu arbeiten, auch dort kann man ein Auto fahren, muss aber nicht mehr Steuern bezahlen.

**Walter Röthlisberger**  
Sonnenring 5, 8590 Romanshorn

## Überraschungseier Ausgabe vom 2. April 2015 Hühner müssen rentieren

So schön gefärbte Eier – und nun doch die spielverderberische Warnung: Hühner müssen rentieren und deshalb in riesigen Ställen auf engstem Raum Eier produzieren. Die Männchen werden schon bei der Geburt geschreddert, weil sie natürlich keine Eier legen und als Legerasse nicht zum Mästen taugen. Ebenso geht's den Weibchen, wenn sie – noch jung – nicht mehr profitabel Eier legen können. Und gerade an Ostern fallen wegen der grossen Nachfrage sehr viel mehr extra deshalb gezüchtete Hühner an. Es gibt nur eine Alternative, um dieses Leid zu verhindern: Verzicht auf Ostereier und Umstellung auf vegane Ernährung.

**Renato Werndli**  
Verein gegen Tierfabriken  
Schweiz, vgt.ch  
Oesch-Str. 1, CH-9453 Eichberg

## Die Tricks der Banken

Ausgabe vom 2. April 2015

### Vollgeld wird salonfähig

Im Bericht über das Referat von Matthias Binswanger zu seinem Buch «Geld aus dem Nichts» wurde ganz am Schluss das Vollgeld als mögliche Variante zur Lösung der anhaltenden Banken- und Finanzkrise erwähnt. Diese Idee gewinnt auch international immer mehr an Anerkennung. In Island ist erst kürzlich ein wegweisender Bericht zur Zukunft des Finanzsystems erschienen. Dieser wurde im Auftrag des Premierministers vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Parlamentes veröffentlicht und empfiehlt die Einführung eines Vollgeldsystems. Das Vorwort dazu wurde vom ehemaligen Chef der britischen Finanzaufsicht verfasst.

Von 1935–74 hat die Bank von Kanada durch zinsfreien Kredit an die kanadische Regierung direkt zur Finanzierung des Staatshaushaltes beigetragen. Das Geld diente umfangreichen Infrastruktur-Modernisierungen des riesigen Landes. 1974 wurde diese Praxis der zinsfreien Finanzierung beendet, der

öffentliche Schuldenstand explodierte. Im Januar dieses Jahres haben drei Richter des kanadischen Bundesappellationsgerichtes ein Urteil bekräftigt, wonach die Bank von Kanada nicht nur berechtigt, sondern auch gehalten ist, der kanadischen Regierung wieder direkten zinsfreien Kredit einzuräumen.

Ähnliches schlägt die Vollgeld-Initiative vor: Neues Geld soll in erster Linie über den Bund oder die Kantone in Umlauf kommen. Als weitere Variante wird auch die Ausrichtung einer Bürgerdividende vorgeschlagen. Auch diese Idee gewinnt in Europa zunehmend an Unterstützung. Erst kürzlich haben sich 19 Professoren aus ganz Europa in einem offenen Brief an die «Financial Times» dafür ausgesprochen.

Es ist offensichtlich: Die Vollgeldidee gewinnt nicht nur in der Schweiz an Bedeutung. Unterschreiben Sie die Vollgeld-Initiative, denn sie bietet die Möglichkeit, die verfassungsrechtlich nicht geregelte «Geldschöpfung aus dem Nichts» der Banken auf breiter Basis zu diskutieren.

**Philipp Bernet**  
Kobelstr. 9, 9442 Berneck

## Leserbrief: Bildungsbürokratie muss zurück ins Glied

Ausgabe vom 1. April 2015

### Mehr Realitätssinn und Verantwortung

Muss ein Lehrplan «demokratisch» sein? Wer mag sich erinnern, dass je ein Lehrplan durch Abstimmung «demokratisch» eingeführt worden wäre? Es ist die SVP, die alles und jedes vor das Plebiszit des «Volkes» ziehen will. Indem sie mit diesem Instrument nun auch noch die Schule ins Visier nimmt, erreicht ihre Politik einen gefährlichen Höhepunkt.

Ich empfehle allen Lehrern, die sich durch diese Kampagne haben in die Irre führen lassen, den SVP-Lehrplan zu lesen, den die Partei im Jahr 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt hat (er umfasst 94 Seiten und ist im Internet immer noch zugänglich), dann sind sie hoffentlich geheilt: Er strotzt nur so von gehässigen Angriffen auf die damalige Fassung des Lehrplans 21, pädagogisch bewegt er sich auf einem bedenklichen Niveau und präsentiert sich mit einem zutiefst undemokratischen Geist: «Die da oben sind alle Deppen, nur wir wissen, wie Schule funktioniert!» Heute

spricht nicht einmal mehr die SVP selbst von diesem Lehrplan, aber die Rhetorik gegen «die da oben» hat sie behalten.

Im «Echo der Zeit»-Interview über den Lehrplan 21 vom 2. April behauptete Dr. med. Roger Lauener, der Lehrplan 21 sei «überladen». Woher will er das wissen? Hat er didaktische Erfahrung mit Lehrplänen? Der Lehrplan 21 orientiert sich an der sozialen und intellektuellen Entwicklung durchschnittlich begabter Kinder und Jugendlicher.

Zum Glück wurde auch ein erfahrener Schulleiter interviewt, der die zunehmende Überlastung vieler Kinder ganz anders erklärt: durch die gestiegenen Unsicherheiten in der heutigen Berufswelt und durch Eltern, die ihre Sprösslinge nach der Schule mit dem Auto abholen und sie zu unzähligen weiteren Programmen verfrachten: Ballett, Tennis, Nachhilfe. Die Kinder sollen es einmal besser haben als sie selbst... Zweierlei täte not: mehr Zuwendung und Realitätssinn der Eltern für ihre Kinder und soziale Verantwortung der Gesellschaft für alle ihre Mitglieder.  
**Felix Sachs**  
Reherstr. 8a, 9016 St. Gallen

## Das Narrenspiel der Demokratie

Gibt es eine Verbindung zwischen der Paracelsus-Klinik-Affäre in Teufen und der Uferweg-Affäre in Rorschach? Ja. Beide zeigen, dass in unserer schönen Ostschweiz nicht die Gesetze massgebend sind, sondern das Geld. Die Folge ist eine subtile Art von Missständen, nicht Korruption, aber doch mehr als Dienstverhältnisse, in denen von Geld wohl nie offen die Rede ist, aber in denen Geld doch die Hauptrolle spielt.

In der Paracelsus-Klinik-Affäre besteht der Verdacht, dass das Ausserrhodener Gesundheitsamt seine Kontrollfunktion nicht erfüllt hat oder gar ein Auge zugedrückt hat (um einen starken Steuerzahler nicht zu verlieren?), in der Rorschacher Uferweg-Affäre erdreistete sich der damalige Gemeindepräsident (wohl aus gleichen Gründen?), einem wohlhabenden Grundstückskäufer die Nichtrealisierung des geplanten Uferwegs, der seine Seeaussicht verdorben hätte, zu versprechen.

In beiden Fällen ist kein Geld gegeben oder entgegengenommen worden. Sind es deswegen nur Dienstverhältnisse, oder handelt es sich um ein Überschreiten der Befugnisse? Kaum, es geht um eines: Geld. Und wie reagiert der Stimmbürger?

Im Fall Paracelsus-Klinik musste der Bund intervenieren, da man im Kanton offenbar dazu nicht imstande war, im Fall Rorschacher Uferweg wurden «Stimmen laut». Doch flog der Gemeindepräsident hinaus, wie man es hätte erwarten können? Keineswegs.

Welch ein lustiges Narrenspiel, in dem alle so fröhlich mitmachen.

**Lorenz Tanner**  
Urnäschstr. 20, 9104 Waldstatt



## Leserbild Der Frühling weckt die Rheinebene

Harald Schnitzler fotografierte im Altstätter Riet.

## Zur Schlacht am Morgarten

Es fällt auf und widert an, dass die Geschichtsschreibung zum Tummelfeld von politisierenden Gelehrten wird. Zankapfel ist zurzeit die Schlacht am Morgarten, welche vor 500 Jahren stattgefunden hat.

Zu den Fakten: «Wilhelm Tell» ist ein Schauspiel, welches Friedrich Schiller, basierend auf der Tellsage, 1804 geschrieben hat. Die Figur des Gessler's und die Biographie Heinrichs IV. von Griesenberg (1250–1324) ähneln einander sehr.

Johannes von Winterthur oder Vitoduanus, wie er auch genannt wurde, lebte von 1300–1348. Er war mittelalterlicher Chronist und beschrieb, wie sein Vater unversehrt von der Schlacht am Morgarten heimkehrte und wie Herzog Leopold, gezeichnet von der Schlacht, in die Stadt Winterthur eingeritten sei. J. A. Pupi-

Der Thurgauer Historiker E. Herdi schrieb 1943 in seinem Buch «Geschichte des Thurgaus», dass gemäss Urkunden aus dem 14. Jahrhundert folgende Adelige aus dem Thurgau am Morgarten gefallen seien: Drei Brüder aus Weinfelden, zwei Ammanne aus Wittenwil, Jakob Hofmeister von Frauenfeld, Hans von Luterberg sowie die Ritter Eberhard, Werner und Rudolf von Bichelsee. Letztere seien in einem Verzichtsbrief aus dem Jahre 1339 aufgeführt.

Im weiteren sei auf das dreibändige Werk des Konstanzer Otto Feger (1905–1968), über «die Geschichte des Bodenseeraumes» hingewiesen oder auf

das unverdächtige Werk von P. Dürrenmatt aus dem Jahre 1963 «Schweizer Geschichte» und so weiter und so fort.

Um die Schlacht am Morgarten aus den Köpfen der Schweizer zu verbannen, müssten viele Bücher und Akten in Archiven verbrannt werden. Die Schlacht am Morgarten vom 15. November 1315 war der Beginn einer fast zweihundertjährigen Fehde zwischen den Habsburgern und den Eidgenossen. Diese endete am 10. April 1499 in der Schlacht von Schwaderloh. Die Schlacht am Morgarten ist somit mehr als ein Mythos.

**Ueli Gubler**  
Lettenstr. 23, 9507 Stettfurt

## Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Bei der Auswahl werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Für Texte zu Volksabstimmungen gilt eine Maximallänge von 1200 Zeichen.

Sonntag sind auf 1500 Zeichen beschränkt. Die Redaktion behält sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren, sie zu kürzen oder nur in Auszügen zu veröffentlichen. Sie kann darüber keine Korrespondenz führen.  
www.tagblatt.ch Alle Ansp...

## Leserbrief: Weltmeere werden immer weiter vergiftet

Ausgabe vom 1. April 2015

### Was uns alle angeht – Klima und Umwelt

Inkota, ein Netzwerk von ökologisch und sozial engagierten Christen, die seit über 40 Jahren unter anderem gegen die Armut auf dieser Welt kämpfen, hatten nach eingehenden Studien schon vor drei Jahren bekanntgegeben, dass unser Globus ökologisch eigentlich schon pleite sei.

Alle in einem Jahr erneuerbaren Ressourcen wie Wasser, Brennmaterial, Bauholz und Getreide seien zu diesem Zeitpunkt aufgebraucht gewesen. Die Menschheit lebe bereits auf den Kosten des vorhandenen Bestandes von natürlichen Gütern, welche nicht so schnell nachwachsen wie etwa Holz.

Laut Inkota brauchte die Menschheit anderthalb Erden, das aktuelle Bedürfnisniveau zu befriedigen. Das heisst: Die anderthalbfache Fläche unseres Globus wäre in der Lage, in einem Jahr das brenn-

Menschheit derzeit pro anno verbraucht. Das sollte uns alle sehr nachdenklich stimmen und besonders unsere Politiker zu einem weltweiten Umdenken anregen und zu Taten verpflichten.

So hatte ein Physiker der Universität Bremen für die Berechnungen der Klimaveränderungen auf der Erde etliche Satellitendaten der vergangenen zehn Jahre zu einem Film aufbereitet, der den Luftwechsel der Erde zeigt. Dabei wurde etwas sichtbar, was wir mit unseren Augen gar nicht wahrnehmen können: Das Ansteigen und Abnehmen des Kohlendioxidgases (CO<sub>2</sub>) verläuft rhythmisch, je nach dem Wachstum der Pflanzen, die das Gas verarbeiten. Die Überraschung in diesem Film ist, dass unser Planet im Wandel unserer Jahreszeiten zu atmen scheint wie ein lebendiger Organismus.

Nicht nur Plankton und Pottwal, Kristalle und Kreidestellen sind Gottes Schöpfung sondern unsere ganze Welt – gut wenn wir auf Gotteslob und das Seufzen der Schöpfung achten.